



## **Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie**

### **89. Sitzung (öffentlich)**

29. April 2026

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 13:01 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Lara Jähnke

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Arbeit der Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW und Bewertung der durchgeführten Verfahren** **5**  
  
Bericht  
des Mittelstandsbeirats  
Vorlage 18/4971  
  
– Wortbeiträge
  
- 2 Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen (fortlaufende Berichterstattung der Landesregierung)** **18**  
  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/5030  
  
– mündlicher Bericht der Landesregierung

**3 Rohstoffmonitoring-Bericht** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung; Präsentation siehe Anlage 1*) **20**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/4954

In Verbindung mit:

**Was folgt aus dem ersten Rohstoffmonitoring-Bericht?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 2]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/5055

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Präsentation durch Professor Dr. Torsten Schmidt
- Wortbeiträge

**4 Erstes Gesetz zur Änderung des Bürgerenergiegesetzes NRW** **40**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/16948

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/19026

Ausschussprotokoll 18/1152 (Anhörung vom 25.02.2026)

- Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 18/19026 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 18/16948 in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

- 5 Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und über die weitere Entwicklung der Gesundheitsfachberufe** **45**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/17985
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.
- 6 Evaluation des vorgezogenen Kohleausstiegs 2030 (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 3])** **46**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/4933
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 7 Umfängliche Erstattung unrechtmäßig zurückgeforderter Coronasoforthilfen in Baden-Württemberg – Wie ist die Lage in NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 4])** **55**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/5031
- Wortbeiträge
- Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das vom Vorsitzenden Dr. Robin Korte vorgeschlagene Verfahren, den Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen heute nicht zu behandeln.
- 8 Sachstand zum Förderprojekt tkH2Steel und zur Absicherung der 700 Millionen Euro Landesgelder (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 5])** **56**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/5029

– keine Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das vom Vorsitzenden Dr. Robin Korte vorgeschlagene Verfahren, den Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen heute nicht zu behandeln.

## **9 Verschiedenes**

**57**

– keine Wortbeiträge

\* \* \*

## 1 Arbeit der Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW und Bewertung der durchgeführten Verfahren

Bericht  
des Mittelstandsbeirats  
Vorlage 18/4971

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Ich begrüße unsere Gäste zu Tagesordnungspunkt 1: Das sind Frau Sabine Jahn, die Geschäftsführerin der Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW, Herr Andreas Ehlert – den wir hier in seiner Rolle als Präsident von HANDWERK.NRW schon oft getroffen haben; heute ist er als stellvertretender Vorsitzender des Mittelstandsbeirats NRW zu Gast – sowie Herr Professor Dr. Hans Jörg Hennecke, der Hauptgeschäftsführer von HANDWERK.NRW. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute unsere Gäste sind.

Über den Tätigkeitsbericht der Clearingstelle Mittelstand wird unserem Ausschuss einmal im Jahr berichtet – Sie kennen das.

**Andreas Ehlert (Mittelstandsbeirat NRW):** Ich sage ein paar allgemeine Sätze zur Arbeit der Clearingstelle Mittelstand des vergangenen Jahres.

Wir befinden uns in einem wirtschaftspolitisch sehr schwierigen Umfeld. Dennoch haben wir in Nordrhein-Westfalen unsere Hausaufgaben zu machen, weil wir nicht alles auf die geopolitische Lage schieben können. Ich meine, dass wir von diesen nicht durch kriegerische Handlungen in der Straße von Hormuz entbunden werden. Wir hier in Nordrhein-Westfalen füllen trotzdem irgendwelche Formulare aus. Wir können nicht alles auf die geopolitische Lage schieben.

Insofern haben wir unsere Gremien und entsprechenden Organisationseinheiten, die sich darum kümmern. Wir werden uns mit diesen geopolitischen Lagen sicherlich auf Dauer beschäftigen müssen, haben aber auch im Land unsere Hausaufgaben zu machen.

Danke, dass Sie sich dafür Zeit nehmen, sich den Tätigkeitsbericht der Clearingstelle anzuhören, bevor Sie mit der Tagesordnung fortfahren. Da mein Chef heute verhindert ist, stelle ich Ihnen diesen vor.

Die Eckpunkte zu diesem Tätigkeitsbericht der Clearingstelle sind schnell genannt. Auf Bitten der Landesregierung sind im vergangenen Jahr 16 Clearingverfahren durchgeführt worden. Wenn ich richtig liege, ist die Anzahl der Clearingverfahren, die wir seit der Gründung der Clearingstelle in Nordrhein-Westfalen abgeschlossen haben, damit auf 181 Verfahren gestiegen. Neben diesen 16 Verfahren hat die Landesregierung die Clearingstelle in zehn weiteren Fälle, insbesondere zu EU- und Bundesratsangelegenheiten, zur Einschätzung und zu Verträglichkeitsfragen in Anspruch genommen. In vier Fällen wurde im Frühstadium eines Entwurfs dessen Mittelstandsrelevanz geprüft.

Ich benenne ein erstes Problem. Der nähere Blick auf die Zahlen zeigt, dass die Mehrzahl der 16 durchgeführten Verfahren Bundes- und EU-Angelegenheiten betraf. In vier Fällen war geplante Landesgesetzgebung Gegenstand des Verfahrens.

Mit Blick auf die vier Verfahren, die das Land betrafen, sind zwei von besonderer Relevanz. Das eine betrifft das Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in Zuständigkeit des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr. Dank der Arbeit, der Mitwirkung der Clearingstelle ist es gelungen, deutliche Verbesserungen im Sinne der Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren zu erreichen. Insofern ist dieses Gesetz ein echter Beitrag zum Bürokratieabbau, und das soll auch positiv festgehalten werden.

Das zweite betrifft das Tarifentgeltsicherungsgesetz – davon konnten wir heute Morgen in der Zeitung lesen – in Zuständigkeit des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Für uns ist noch nicht deutlich absehbar, mit welcher Wirkung das Ganze zu Ende gehen wird. Hierzu wurden zwei Clearingverfahren durchgeführt. Wir warten jetzt gespannt darauf, ob sich die Hinweise, die seitens der Wirtschaft vorgetragen wurden, im zweiten Entwurf wiederfinden, ob sie berücksichtigt und Ihnen zur Beratung vorgelegt werden. Bei diesem Gesetz geht es für uns im Wesentlichen darum, den Aufbau von Bürokratie einzudämmen.

An dem Beispiel sieht man, dass die Clearingstelle derzeit nur in eingeschränktem Maße eine stärkere Mittelstandsorientierung des Landesrechts erwirken kann. Wir haben die Situation, dass die Clearingstelle nur auf Initiative der Landesregierung tätig werden kann. Aus unserer Sicht bleiben zwei Forderungen wichtig.

Bei allen mittelstandsrelevanten Vorhaben muss die Clearingstelle einbezogen werden. Das ist nicht immer der Fall. Wenn Mittelstandsrelevanz erkennbar ist, muss die Clearingstelle frühzeitig einbezogen werden und nicht erst dann, wenn eine allgemeine Verbändeanhörung läuft oder sich gar schon das Kabinett damit befasst.

Ich will zwei Beispiele nennen, um das deutlich zu machen. Beide Beispiele haben mich im vergangenen Jahr geärgert. Im vergangenen Jahr wurde für die Kommunen die Möglichkeit geschaffen, gewerblich genutzte Immobilien bei der Grundsteuer mit einem höheren Hebesatz zu versehen als privat genutzte Wohnimmobilien. Man kann über gesetzliche Regelungen streiten, aber das ist zweifelsfrei mittelstandsrelevant. Da die Landesregierung aber lediglich eine Formulierungshilfe für den Landtag bereitgestellt hat, wurde die Clearingstelle umgangen.

Ein zweiter Punkt ist das kommunale Vergaberecht. Dieses lässt den Kommunen im sogenannten Unterschwellenvergabebereich jetzt ziemlich freie Hand dabei, ob sie wettbewerbsfreundlich am Prinzip der Fach- und Teillosvergabe festhalten oder ob sie im Wesentlichen auf die Generalunternehmer-Vergabe, die für die Vergabestellen möglicherweise einfacher ist, umschwenken. Das war in einem kommunalrechtlichen Gesetzentwurf versteckt; die Clearingstelle wurde auch hierzu nicht eingebunden.

Das stört natürlich, denn die Clearingstelle wird so um die Möglichkeit beraubt, die Position der Wirtschaft deutlich zu machen.

Dass größeres Potenzial vorhanden ist, zeigt sich an einer neuen Entwicklung. Zum mittlerweile sechsten Mal hat die Clearingstelle in enger Abstimmung mit dem jeweiligen Fachressort sogenannte Werkstattgespräche durchgeführt. Das eröffnet die Möglichkeit, Wirkungszusammenhänge von Normen unabhängig von aktuell laufender Gesetzgebung ganzheitlich zu betrachten und konkrete Verbesserungsvorschläge zu

machen. Im Jahr 2025 fand ein solches Verfahren zum Naturschutzrecht statt. Aktuell wird eins aus dem Bereich der Kreislaufwirtschaft vorbereitet.

Das ist ein neuer Bereich, der wirklich wichtig ist. Wir führen zurzeit auf allen Ebenen große Debatten über Bürokratieabbau, über Staatsmodernisierung. Dazu findet ziemlich viel statt. Es gibt an unterschiedlichen Stellen auch ein paar lose Enden, die wir irgendwie zu einem großen Ganzen zusammenführen müssen. Es gibt die Clearingstelle Mittelstand; es gibt das Board für Entlastung und Beschleunigung; es gibt auf Bundesebene mittlerweile ein Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung; es gibt sektorale Initiativen zum Bürokratieabbau – da ist ziemlich viel los –; es gibt die Föderale Modernisierungsagenda des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten der Länder und noch einiges andere mehr, was nebenherläuft. Es gibt an unterschiedlichster Stelle viele Ankündigungen und Initiativen, aber es wäre alle Mühen wert, das Ganze zusammenzubinden, sodass es spürbar ankommt.

Die Clearingstelle Nordrhein-Westfalen hat dafür die Erfahrung. Wahrscheinlich ist es das einzige Instrument mit dieser Erfahrung im Bereich der Werkstattgespräche, im Bereich der Praxischecks. Hier sind in Summe, in den verschiedenen Verfahren schon viele gute Vorschläge zusammengekommen, die zu praxistauglichen Lösungen in der Gesetzgebung und für die Verwaltungspraxis geführt haben. Deswegen rege ich an, dass Sie sich die Zeit nehmen, um sich detailliert über die bisherigen Erfahrungen berichten zu lassen. Das können wir an dieser Stelle sicherlich nicht tun.

Das führt mich zu einem letzten Punkt. Im Koalitionsvertrag ist als Vorhaben für diese Legislaturperiode die Stärkung der Clearingstelle verankert. Es hat auch eine Reihe von Ansätzen und Ankündigungen gegeben. Wir würden uns natürlich darüber freuen, wenn es in dieser Legislaturperiode noch gelingen würde, diesen Punkt aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Es wäre schön, wenn wir noch etwas Substantielles, womit die Chancen, welche die Clearingstelle Mittelstand für Bürokratieabbau, für Staatsmodernisierung in Nordrhein-Westfalen bietet, tatsächlich genutzt werden, und nicht nur irgendetwas, was den Status absichert, hinbekommen würden.

Dafür sind zwei Punkte wesentlich. Die Landesregierung braucht mehr Bewusstsein dafür, dass sie die Clearingstelle Mittelstand tatsächlich sehr frühzeitig und direkt einbindet und darin eine Chance und keine Last, die immer dann, wenn es um mittelstandsrelevante Vorhaben geht, am Rande noch durchgestanden werden muss, sehen sollte.

Zweitens braucht es die Möglichkeit – das sage ich gebetsmühlenartig an unterschiedlichen Stellen –, dass die Clearingstelle Mittelstand, der Mittelstandsbeirat aus eigener Initiative heraus Bestandsnormen in den Blick nehmen können. Der Mittelstandsbeirat muss das Recht erhalten, selbst Impulse geben zu können, mit denen die Landesregierung oder Sie als Landtag völlig frei umgehen kann bzw. können. Wir wollen keine Gesetze machen, denn dafür sind Sie, die gewählten Abgeordneten, zuständig. Wir wollen unsere Expertise einbringen, und entscheiden müssen am Ende Sie. Dass die Clearingstelle bei allem, was sie tut, von der Initiative der Landesregierung abhängig ist, schwächt sie. Wenn die Clearingstelle das Recht hätte, selbst Impulse zu setzen, würde uns das ein wenig stärken. Das wäre eine große Chance dafür, eine kreative Dynamik zu erzeugen. Gerade in der nächsten Legislaturperiode wird es sicherlich eine große Aufgabe werden, Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung institutionell

besser zu verankern und stringenter zu bündeln. Ich kann Sie nur dazu ermuntern, eine solche Debatte zu führen.

Der Wahrheit sei geschuldet: Es gibt hier im Land einen, wie ich meine, interessanten Gesetzentwurf der FDP-Fraktion, der dazu Anlass bieten kann. Darin wird die Einführung eines Normenkontrollrats angeregt und die Stärkung der Clearingstelle Mittelstand noch einmal betont. Aus Sicht des Mittelstandsbeirats, für den ich hier in Summe spreche, hat die Stärkung der bereits etablierten Clearingstelle Mittelstand Priorität. Rollenkonflikte mit einem möglichen Normenkontrollrat sollten vermieden werden. Vielleicht liegt aber gerade darin die Möglichkeit eines Kompromisses, der fraktionsübergreifend mitgetragen werden kann. Die billigste und einfachste Art der Wirtschaftspolitik ist und bleibt der Bürokratieabbau und eine Gesetzgebung mit einer Ausrichtung, welche der kleine Mittelstand, also die Kleinsten der Kleinen, aber auch der Mittelstand in Summe umsetzen kann. Die Clearingstelle Mittelstand könnte dazu auch in Zukunft einen wertvollen Beitrag leisten, möglicherweise noch stärker werden und entsprechende Impulse setzen.

Ich weiß, dass Ihre Zeit begrenzt ist, und mache an dieser Stelle zunächst einen Punkt. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Weil es schon erste Meldungen aus dem Ausschuss gab, komme ich kurz zur weiteren Redefolge. Ich bitte zunächst Frau Jahn darum, zu ergänzen. Anschließend nimmt Frau Ministerin noch eine kurze Einordnung seitens der Landesregierung vor. Danach wäre Gelegenheit für Austausch und Diskussion.

**Sabine Jahn (Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW bei IHK NRW):** Ich wollte ergänzen, dass sich die Clearingstelle in den vergangenen Monaten auch intensiv mit dem Thema „Einsatz von KI zum Bürokratieabbau im Mittelstand“ beschäftigt hat. Wir haben uns unterschiedliche KI-Tools angeschaut, haben die KI-Tools dann in Testläufen erprobt, um Erfahrungen zu sammeln, und letztendlich landesrechtliche Regelungen mit Blick auf Schriftformerfordernisse, Fristen und Berichtspflichten systematisch auf Potenziale für Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung überprüft.

Die Ergebnisse waren sehr gut. Man kann das zum Einsatz bringen, wobei man das Ganze bei KI letztlich aber immer noch mal prüfen muss. Wir haben die Ergebnisse in einem Ergebnisbericht zusammengeschrieben, der auf unserer Internetseite abrufbar ist.

Darüber hinaus sind auch die Ergebnisse der Werkstattgespräche, die wir in den vergangenen Jahren durchgeführt haben, auf der Internetseite veröffentlicht.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE):** Sehr geehrter Herr Ehlert, Herr Professor Hennecke, Frau Jahn, ich spreche meinen Dank stellvertretend an Sie aus. Sie vertreten hier heute einen Riesenblumenstrauß wichtiger Organisationen, Kammern, Verbände: HANDWERK. NRW, den Westdeutschen Handwerkskammertag, die IHK NRW, den VERBAND FREIER BERUFE IM LANDE NORDRHEIN-WESTFALEN, die drei kommunalen Spitzenverbände, den Deutschen Gewerkschaftsbund. All diese kommen im Mittelstandsbeirat zusammen.

Ich freue mich wahnsinnig darüber, dass Sie, Herr Ehlert, ausgedrückt haben, dass die Werkstattgespräche wirklich erfolgreiche Instrumente dafür sind, den so wichtigen Blick des Mittelstands auf die Umsetzbarkeit der Vorhaben und auf die Auswirkungen auf den Mittelstand sehr praxisorientiert in das, was die Kolleginnen und Kollegen in den Ministerien im Interesse dessen, was politisch gewünscht ist, umsetzen, einfließen zu lassen. Vielen Dank für die Expertise, für die Erfahrungen, die aus allen gerade genannten Kammern und Organisationen einfließen kann bzw. können. Das macht uns als Land, als Landesregierung besser und unterstützt unseren Ansporn, alles, was wir tun, mittelstandsfreundlicher als bislang auszugestalten.

Ich bin von den Praxischecks, die ich im Wirtschaftsministerium genutzt habe, die in der Landesregierung jetzt ein geübtes Mittel sind und die hoffentlich noch stärker werden, fest überzeugt. Mit dieser Idee erkennen wir die richtige Forderung, dass die Dinge in der kleinsten Einheit funktionieren müssen, an und sind dann dazu bereit, noch einmal nachzukorrigieren. Diese Schritte gehen wir, und wir können sie nur gehen, weil die Zusammenarbeit da wirklich gut läuft. In diesem Sinne: Ihre Arbeit macht einen Unterschied.

Sie wissen, dass wir zur Frage des Initiativrechts miteinander in guten Gesprächen sind. Wir werden die im Koalitionsvertrag zugesagten Stärkungen noch mit einem Vorschlag hinterlegen, der das dann auch sicherstellt.

Ich will nicht mehr machen, außer dafür zu danken, dass Sie kritisch auf das, was wir machen, blicken. Ich glaube, dass wir damit gemeinsam eine Klammer bilden, die den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen stärkt. Diese Stärkung brauchen wir, weil der Mittelstand das Rückgrat der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ist – so wird es in allen Reden genannt, und die Zahlen zeigen das auch. Wer Nordrhein-Westfalen modernisieren will, braucht dafür den Mittelstand. Wer Fach- und Arbeitskräfte in Nordrhein-Westfalen halten oder anziehen will, braucht dafür den Mittelstand. Deswegen soll der Mittelstand genau dafür Zeit haben und nicht mit unnötigen Belastungen versehen werden.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Ehlert, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich fand es sehr gut, in welcher Klarheit Sie gerade die Problematik hier im Land angesprochen haben. Wer Frau Ministerin in der Vergangenheit bei diversen Veranstaltungen gehört hat, weiß, dass sie meistens mit der geopolitischen Lage und damit, wie problematisch alles ist, beginnt. Herr Ehlert, Sie haben eben deutlich gemacht, dass man nicht alles nur auf die geopolitische Lage schieben, sondern auch in Nordrhein-Westfalen seine Hausaufgaben machen kann.

Als ich den Bericht im Vorfeld gelesen habe, hatte ich den Eindruck, dass beim Mittelstandsbeirat eine gewisse Resignation eingetreten ist. Im vergangenen Jahr wurde im Bericht auf einer Seite sehr ausführlich beschrieben, dass durch eine systematische und frühzeitige Beteiligung Verbesserungen zu erreichen wären. Das haben Sie eben auch ausgeführt. Wir sind jetzt ein Jahr weiter, und im Bericht steht nur noch:

Die institutionelle Stärkung der Clearingstelle Mittelstand bleibt „– vor allem durch die verbindliche frühzeitige Einbindung insbesondere bei landesrechtlichen Vorhaben – eine Daueraufgabe.“

Ist das Resignation, weil Sie sich seit vier Jahren dafür einsetzen, dass Sie verbindlich eingebunden werden, und weil die Landesregierung, obwohl Sie selbst in den Koalitionsvertrag geschrieben hat, die Clearingstelle stärken zu wollen, bis heute nichts umgesetzt hat? Ist es Ihnen in gewisser Weise mittlerweile zuwider, wenn Frau Ministerin hier so etwas sagt wie: „Wir tun alles, um den Mittelstand einzubinden“, es aber bis heute so ist, dass Sie, um eine Stellungnahme abgeben zu können, auf das Goodwill des jeweiligen Ministeriums angewiesen sind und dass dies nicht pauschal geschieht?

Abgesehen davon, dass die Clearingstelle nur bei vier Maßnahmen, die die Landespolitik direkt betreffen, eingebunden wurde, ist die Frage, Frau Ministerin: Warum hat die Landesregierung bei den wesentlichen Vorhaben, die Herr Ehlert gerade genannt hat – die Hebesätze, die Grundsteuer und kommunale Vergabeverfahren –, darauf verzichtet, die Clearingstelle einzubinden? Man muss wirklich sagen: Hier wird deutlich, dass von Ihren Worthülsen in der Realität leider wenig überbleibt. Der Mittelstand leidet unter der Bürokratie in diesem Land – das hat Herr Ehlert sehr deutlich gemacht –, und diese Landesregierung ändert dies bis heute nicht.

**André Stinka (SPD):** Herr Ehlert, vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Vonseiten der SPD-Fraktion interessiert uns noch Folgendes. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass gerade in den von Ihnen angesprochenen kleinen und mittleren Unternehmen, also den KMUs, die Frage der Bürokratie anders zu bewerten ist als in Großkonzernen. Die Werkstattgespräche haben Sie positiv herausgestellt. Wer sind die Beteiligten? Werden diese Beteiligten lange bleiben, wenn Sie womöglich die Erfahrung machen, dass Ihre Durchschlagskraft nach geraumer Zeit nicht mehr so hoch ist?

Herr Ehlert, Sie haben auch deutlich herausgestellt, dass das Verwaltungshandeln besser werden muss. Verwaltungshandeln verbessert sich nicht nur durch schlanke Gesetze, sondern auch durch – wie soll ich das sagen? – eine klare Ansage von Behördenleitern, dass mehr Ermessen und schnelleres Entscheiden sinnvoll sind.

Ich unterstelle das zwar allen Behörden, bin aber selbst Beamter und weiß, wie kompliziert es ist, bis das in jeder Behörde ankommt, auch wenn es aus Düsseldorf heißt: „Wir machen das schneller.“ Wir wissen alle, dass die Neigung, sich zu entscheiden, in Behörden heutzutage – ich sage mal – nicht immer nur ausgeprägt ist. Ich habe vor 30 Jahren eine Ausbildung gemacht, und damals umfasste die Unterschriftenleiste drei Personen, die mitzeichnen mussten. Heute sehe ich manchmal sechs oder acht. Deswegen ist es wichtig, dass die Behördenleiterinnen und -leiter den Mitarbeitern den Rücken stärken und sagen: Ja, wir stehen dahinter.

Wenn Verwaltungshandeln sich ändern muss, ist das Schriftliche also nur ein Teil und die Arbeit dahinter ein anderer. Es ist aber auch wichtig, den Leuten zu sagen: Wir stehen hinter dir, wenn du entscheidest.

Also: Wer ist bei den Werkstattgesprächen dabei? Wie sehen Sie die Umsetzung im Verwaltungshandeln?

Sie haben gerade noch mal deutlich gemacht – diesen Punkt müssen Sie natürlich kritisieren –, dass immer die Landesregierung das Initiativrecht hat. Bei welchen Verfahren wären Sie gerne beteiligt gewesen? Im letzten und in diesem Jahr hatten wir

eine Menge Gesetzgebungsverfahren. Ich denke an die kommunale Wärmeplanung; ich denke an das Landesplanungsgesetz. Die haben alle Auswirkungen, und vielleicht hätten Sie sich eine Beteiligung daran gewünscht. Wie ist Ihnen mitgeteilt worden, dass Sie nicht beteiligt werden?

**Marc Zimmermann (GRÜNE):** Herr Ehlert, auch von unserer Seite vielen Dank für die Ausführungen.

Es ist wieder herausgestellt worden, dass die Arbeit wichtig ist, weil sie die Schnittstelle zwischen der Wirtschaft und dem politischen Handeln darstellt. Ich bin froh, dass das MWIKE, aber in diesen Fällen auch das MUNV, das Justizministerium und das MAGS darauf zurückgreifen. Schön wäre es, wenn das noch in weiterem und größerem Ausmaß passieren würde.

Herr Stinka hat meine Fragen im Grunde genommen vorweggenommen. Es ging um die Werkstattgespräche, die ich absolut begrüße. Ich finde es immer wichtig, dass man im Austausch verschiedene Sichtweisen zusammenführt und dann guckt, wie Fragen, Probleme bearbeitet werden. Insofern schließen meine Fragen daran an. Wer sind die Beteiligten, die zu diesen Werkstattgesprächen kommen? Wer findet da unter Umständen einen Platz?

Die andere Frage ist zu den Werkstattgesprächen zur „Nutzung von KI zum Bürokratieabbau für den Mittelstand“, wie es genau genommen heißt. Mich interessiert, was das Ergebnis für den Bürokratieabbau ist. Sie hatten gesagt, dass man es nachlesen kann, aber vielleicht können Sie ein kurzes Resümee dazu abgeben, was als Ergebnis herausgekommen ist. Insbesondere mit Blick darauf, dass im Grunde genommen erst jedes vierte mittelständische Unternehmen KI nutzt, liegt darin, glaube ich, ein großes Potenzial. Wie können wir dieses noch weiter heben? Es gibt die verschiedensten Punkte, für die KI unterstützend sein kann.

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Herr Ehlert, Frau Jahn, Herr Professor Hennecke, ich bedanke mich ebenfalls ganz herzlich bei Ihnen für Ihren Bericht und vor allem für die im letzten Jahr geleistete Arbeit.

Sie haben uns heute wieder dargelegt, welche Verfahren Sie durchgeführt haben. Vor allem sagten Sie – das fand ich besonders spannend –, dass das auch Einfluss gehabt habe. Sie haben speziell gesagt, dass Sie zum Straßen- und Wegegesetz Vorschläge geliefert hätten, die dann auch auf den Gesetzentwurf der Landesregierung Einfluss genommen hätten. Wir sind natürlich weiterhin sehr an Verbesserungsvorschlägen, an Änderungsvorschlägen, die zu dem einen oder anderen Gesetz im parlamentarischen Verfahren noch kommen können, interessiert. Insofern danken wir herzlich, auch für die Werkstattgespräche. Zu diesem relativ neuen Instrument haben Sie gesagt, dass es große und positive Effekte habe.

Sie haben auch deutlich gemacht, dass Ihre Arbeit gerade in der heutigen Zeit vielleicht wichtiger denn je ist. Sie haben die wirtschaftliche Lage zumindest kurz skizziert. Wir stimmen Ihnen da alle zu.

Folgendes kommt vielleicht ein bisschen von dem Eindruck von Gesprächen mit Bürgermeisterinnen bei mir vor Ort im Kreis: Die finanzielle Lage der kommunalen Haushalten ist auch absolut dramatisch. Da merkt man, dass es, wenn die Wirtschaft nicht läuft – das tut sie schon seit mehreren Jahren nicht –, Effekte hat. Welches Geld kann eigentlich noch ausgeben werden, wenn die Steuereinnahmen nicht da sind?

Dazu kommen die Herausforderungen in den Bereichen „Verteidigung“ – das ist keine kommunale Aufgabe, aber eine Bundesaufgabe –, „Klimaschutz“ und „Sozialstaat“.

Wir sind eindeutig darauf angewiesen, dass die Wirtschaft läuft und wieder ins Laufen kommt, damit wir diese großen Herausforderungen bewältigen, die Errungenschaften verteidigen und weiterhin wichtige Schritte nach vorne gehen können.

Zum Bereich der Künstlichen Intelligenz schließe ich eine Frage an. Frau Jahn, ich fand es sehr interessant, dass Sie sich dem Thema widmen – dazu haben Sie etwas gesagt. Man kann das von zwei Seiten betrachten. Versucht die Künstliche Intelligenz, mit einem geltenden Rechtsrahmen umzugehen und einfach schneller zu werden? Man kann jetzt viele Dinge von der KI erledigen lassen, und vorher musste ein Mensch etwas abheften, eintippen oder etwas anderes machen. Solche Verfahren nutzen den geltenden Rechtsrahmen, und die KI macht das schneller, weil sie es automatisch macht. Sie ersetzt einen Menschen und produziert natürlich viel schnellere Ergebnisse.

Oder geht es auch darum – das wäre quasi ein Schritt weiter –, dass sich die KI den gesamten Rechtsrahmen anschaut und überlegt, was eigentlich besser gemacht, schneller abgestimmt werden kann? Wir erleben es ganz oft, dass wir unterschiedliche Vorschriften haben, die sich zum Teil im Wege stehen oder widersprechen. Geht es eher um so einen Ansatz, dass wir die KI über irgendetwas laufen lassen, die dann sagt: „Eigentlich müsste ich das ganze Rechtsregime an einigen Stellen ändern, damit es wieder konsistent ist“? Vielleicht könnten Sie dazu noch ein bisschen ausführen.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Weitere Wortmeldungen liegen mir gerade nicht vor. Dann übergebe ich das Wort zuerst wieder an Sie, Herr Ehlert. Ich glaube, dass die meisten Fragen direkt an Sie gerichtet waren.

**Andreas Ehlert (Mittelstandsbeirat NRW):** Herr Brockes, ich würde lügen, wenn ich sagen würde, dass ich nicht gewisse Sympathie dafür habe, die Arbeit der Clearingstelle zu stärken. Ich will das, was in den vergangenen Jahren passiert ist, nicht in Grund und Boden stampfen. Wir haben eine politische Situation, in der der Mittelstandsbeirat gut eingebunden wird, in der ein hoher politischer Wille daran besteht, dass sich die Clearingstelle mit dem einen oder anderen befasst. Politik ist aber natürlich immer in einem etwas längeren Zeitfenster zu sehen. Daher hätten wir natürlich lieber eine starke Clearingstelle, die nicht darauf angewiesen ist, darum gebeten zu werden, das ein oder andere zu machen, sondern mit einem gewissen Selbstbewusstsein bestimmte Dinge einfordert.

Ich möchte das nicht als Gewaltakt oder als Emanzipation der Clearingstelle verstanden wissen. Mir reicht es, wenn wir in diesem Kreis der Wirtschaftsexperten ein bisschen das Bewusstsein dafür säen können, dass die Clearingstelle überhaupt nichts

Böses möchte. Wir möchten zuarbeiten. Sie müssen entscheiden; Sie sind die gewählten Vertreter. Wir möchten nur das Recht haben, zu sagen, dass es hier oder da hakt und wir da mal nachschauen müssen. Wenn die Politik sagen würde: „Nee, ihr habt da nichts nachzuschauen“, dann wäre ich sauer. Ich möchte überzeugen. Ich möchte, dass Sie am Ende sagen: Was die gemacht haben, ist gut, und darüber können wir jetzt befinden.

Es passieren ja Dinge. Ich denke an unseren Umweltminister, an Herrn Krischer, der durchaus Dinge zum Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen aufgegriffen hat. Er hat im Mittelstandsbeirat seine Punkte vorgetragen und dort auch erklärt, dass das an die Clearingstelle geht. Die Hinweise hat er ernst genommen und umgesetzt.

Herr Stinka, Sie sprachen die Werkstattgespräche an. Da diese nichtöffentlich sind, gebe ich für den Punkt gleich an Frau Jahn ab.

Ich spreche über das Verwaltungshandeln. Ein Impulsrecht der Clearingstelle würde es natürlich befördern, dass Schwachstellen auf unterschiedlichen Ebenen wahrgenommen und thematisiert werden und der Landesregierung dann entsprechende Vorschläge gemacht werden können.

Herr Stinka, Sie haben konkret gefragt, bei welchen Verfahren wir gerne dabei gewesen wären. Bei der Grundsteuer – da ging es darum, dass gewerbliche Immobilien durch die Grundsteuer nun höher belastet werden dürfen als private Immobilien; eine darunterliegende Grundsteuer ist verfassungsrechtlich nicht möglich, aber eine höherliegende – wären wir sehr gerne angehört worden. Das Ganze wird vor Gerichten gerade streitig verhandelt. Wir hätten dazu gerne unsere Positionen eingebracht.

Das gilt natürlich auch für das Vergabeverfahren. Das ist ohne Frage mittelstandsrelevant. Die 396 Kommunen Nordrhein-Westfalens können jetzt für sich selbst entscheiden, wie sie Leistungen vergeben. Auch der Gedanke dahinter war zunächst edel: Man hat gesagt, dass man den örtlichen Mittelstand einbinden kann. Man kann, aber man muss halt nicht.

Die Ergebnisse sind unterschiedlicher Art. Immer mehr wird funktional – also: Planung und Ausführung sind in einer Hand – vergeben. Bei einer Brücke hier in Düsseldorf mag es selbstverständlich sein, solche Kompetenzen zu bündeln. Ein Kindergarten irgendwo auf dem Land muss aber nicht funktional vergeben werden; ein Maurermeister baut Ihnen den in drei Tagen. Wir müssen die Kirche im Dorf lassen und die Chancen des Mittelstandes – dieser beteiligt sich nicht mehr an Verfahren und lässt sie links liegen, weil das alles zu kompliziert ist – ergreifen.

Herr Zimmermann fragte nach den Werkstattgesprächen und der KI. Wir im Mittelstandsbeirat haben die KI sehr umfangreich behandelt. Uns wurden Best-Practice-Beispiele aus den Ministerien dargelegt. Uns wurden ebenfalls Optionen dafür, wie der Mittelstand in Nordrhein-Westfalen selbst die Chancen ergreifen kann, dargelegt und gezeigt, was Landespolitik dazu beiträgt, damit diese Chancen ergriffen werden können. Das waren gute Diskussionen. Denn die Entwicklung im Bereich der Künstlichen Intelligenz erfordert manchmal individuelle Lösungen, die schwierig zu greifen, schwierig zu skalieren sind, weil sie nur für das eigene Unternehmen greifen.

Herr Untrieser sagte, die Wirtschaft müsse laufen. Das KI-Thema ist auch noch einmal aufgekommen. Frau Jahn, ich glaube, dass Sie das ein bisschen auflösen müssen.

**Sabine Jahn (Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW bei IHK NRW):** Ich gehe erst einmal auf die Werkstattgespräche ein. Die Frage war, wer an diesen Werkstattgesprächen teilnimmt. Je nach betrachtetem Regelungsbereich, schauen wir nach Unternehmen, die in dem Bereich betroffen sind oder in der Vergangenheit Genehmigungsverfahren durchgeführt haben. Wir nehmen aber auch die Behördenvertreter dazu – denn von der Seite kommen ebenfalls Einwände dazu, was gut und was schlecht läuft –, sodass wir beide Seiten in den Blick nehmen können. In den Werkstattgesprächen merkt man, dass sich allein durch die Kommunikation zwischen Unternehmensvertretern und Behördenvertretern manchmal Verständnis dafür, wie die einen oder anderen Abläufe sind, herausbildet. Es ist ganz positiv, dass man die Seiten da zusammenbringt und diese miteinander kommunizieren.

Die Problemstellungen werden wie gesagt identifiziert. Auf Basis der Problemstellungen versuchen wir dann gemeinsam, Lösungsvorschläge oder Ansätze herauszuarbeiten.

Bei der KI geht es in der Tat in die Richtung, nicht zu schauen, wie Gesetze schneller umgesetzt werden können, sondern es geht darum, wie Gesetze systematisch durchforstet werden können, um zu schauen, wo noch Potenziale zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahren liegen. Darum geht es. In den Testläufen haben wir uns weniger auf den Inhalt konzentriert, sondern Erfahrungen mit der Anwendung von KI-Tools zur systematischen Erfassung gesammelt, sodass man im Ergebnis eine Datenbasis dazu hat – die muss dann noch einmal überprüft werden –, was wirklich geändert werden kann. Fristenprobleme: Sind Schriftformerfordernisse, Berichtspflichten erforderlich, oder können die abgeschafft werden? In diese Richtung ging das – aber ohne konkreter auf den Inhalt der Gesetze abzustellen. Es ging um die Einsatzmöglichkeiten, und die haben sich letztendlich als sehr positiv dargestellt.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE):** Lieber Herr Brockes, Sie haben gefragt, warum im Finanz- und im Bauministerium darauf verzichtet wurde. Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Das eine war eine Formulierungshilfe: Sie wissen, dass das Verfahren anders ist als ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren.

Ich will ein Spannungsfeld für uns alle offen ansprechen: Ich teile die Auffassung des Mittelstands, dass wir mit den fitten Leuten in den Behörden, mit den Losvergaben wirklich etwas tun können, gerade auch aus dem Nordrhein-Westfalen-Plan heraus, um die Auftragsbücher der Handwerksbetriebe, der Mittelständler vor Ort in den Kommunen zu füllen, um die gute Arbeit, die Ausbildungsplätze als Perspektive aufzeigen zu können. Dem steht entgegen, dass es laut so mancher Kommune mit einer funktionalen Ausschreibung und einem Generalunternehmer aber einfach schneller gehen würde und Vergaben beschleunigt würden. In diesem Spannungsfeld befindet man sich.

Wir als Wirtschaftsministerium vertreten die Auffassung: An der Sanierung einer großen Brücke wird sich wahrscheinlich kein kleiner Handwerksbetrieb, kein klassischer nordrhein-westfälischer Mittelständler verheben, weil dieser meint, dass solch ein Auftrag bei der eigenen Unternehmensgröße nicht angemessen wäre. Deswegen halte

ich es für wirklich notwendig und richtig, dabei mit funktionalen Ausschreibungen zu arbeiten. Unsere Erfolgsbeispiele zeigen, dass wir dann schnell sind. Die Rahmedetalbrücke hat genau das gezeigt – unter anderem deswegen.

Man muss darauf aber einen differenzierten Blick haben – das ist meine Meinung. Man muss auch ehrlich sein: Die maximale Geschwindigkeit kann man mit einer Losvergabe vielleicht nicht erreichen. In einem Abwägungsprozess komme ich aber zu dem Schluss, dass es angesichts des Drucks, der gerade auf dem Mittelstand, auf uns als Wirtschaftsstandort lastet, weil der Arbeits- und Fachkräftemangel sowie der demografische Wandel natürlich auf die Frage der Unternehmensnachfolge durchschlagen, den differenzierten Blick dafür braucht.

Wir haben die Stärkung der Clearingstelle Mittelstand nicht nur im Koalitionsvertrag aufgeschrieben, sondern befinden uns gerade auch in landesregierungsinternen Beratungen dazu, wie wir das Initiativrecht klug umgesetzt bekommen.

Ich will Folgendes nur noch einmal verdeutlichen. Wir als Wirtschaftsministerium wissen um den Wert – das geben die Tortendiagramme her –: Wir machen manches besser, wenn wir die beratende Funktion der Clearingstelle Mittelstand für die von uns verantworteten mittelstandsrelevanten Punkte einbeziehen. Wir sehen das als einen Gewinn.

Und: Zum einen stärken wir mit den Werkstattgesprächen ein neues Format, das nachweislich zeigt, dass Beratung auch in Handeln umgesetzt wird. Der zweite Punkt ist: Für Frau Jahn gibt es die Möglichkeit, an den Spitzentreffen des Boards für Entlastung und Beschleunigung teilzunehmen. In dessen Arbeitsgruppen ist sie auch aktiv eingebunden. Denn mir ist es wichtig, dass wir zu dem großen Bereich des Bürokratieabbaus auch die dazu holen, die uns vom Mittelstandsrelevanten berichten können und die Umsetzungsperspektive einbringen.

**Dietmar Brockes (FDP):** Vielen Dank für die Ausführungen. Ich habe gerade leider den Dank für die geleistete Arbeit an den Mittelstandsbeirat, an alle, die dort ehrenamtlich, aber auch hauptamtlich arbeiten und das sicherlich gut vorbereiten, vergessen.

Frau Ministerin, ich weiß nicht, ob Sie den Schrei gerade eben nicht gehört haben. Der Mittelstandsbeirat ist bereit, ehrenamtlich weitaus mehr für dieses Land zu leisten. Ich kann nicht nachvollziehen, warum die Landesregierung dies nicht mit offenen Armen annimmt und ihn stärker einbindet. Sie sprechen hier für die Landesregierung. Ich habe Sie nicht nur für das Wirtschaftsministerium, sondern für die Landesregierung – für diese sitzen Sie hier – gefragt. Mir ist es zu wenig, wenn Sie sagen: Warum das Finanzministerium oder das Kommunalministerium das nicht gemacht hat, kann ich nicht sagen.

Haben Sie den Ministerpräsidenten bei dem Thema „Mittelstandsbeirat“ denn nicht an Ihrer Seite? CDU-geführte Häuser haben darauf verzichtet, die Clearingstelle Mittelstand einzubinden. Hier müsste doch wirklich ...

Sie sprechen von laufenden internen Beratungen der Landesregierung zur Stärkung. Diesen Satz hören wir seit vier Jahren. Wo laufen Sie denn? Sie laufen gar nicht. Oder wird das Gesetz dazu das letzte sein, das Sie in dieser Legislaturperiode verabschieden, damit Sie vorher alles schön ohne die Einbindung des Mittelstandes über die Bühne bringen können? Das ist ehrlich gesagt ... Beim Prinzip „One in, one out“ wird

genauso taktiert. Beide Gesetze werden vermutlich in der letzten Plenarsitzung dieser Legislaturperiode auf den Tisch gelegt.

Herr Ehlert hat es deutlich gemacht, und ich sage es auch: Die wirtschaftliche Lage erfordert es, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen endlich unsere Hausaufgaben machen. Jedenfalls Ihren Ausführungen kann man das aber nicht entnehmen. Sie erfüllen Ihre eigenen Erwartungen, die Sie auch im Koalitionsvertrag beschrieben haben, da leider nicht.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE):** Lieber Herr Brockes, ich kann das gerne noch einmal wiederholen.

Aktuell laufen die finalen landesregierungsinternen Gespräche, um eine Lösung zu finden, um eine regulative Stärkung und ein Initiativrecht für die Clearingstelle zu vereinbaren. Das läuft gerade – das habe ich aber schon ausgeführt.

(Dietmar Brockes [FDP]: Mehrfach!)

Der zweite Punkt, den ich machen wollte, ist folgender. Es ist natürlich der gemeinsame Wille der Landesregierung, die mittelstandsrelevanten Punkte zu kennen und im Dialog zu sein. Daher setzen wir die Tagesordnung des Mittelstandsbeirats so auf, dass an den Sitzungen des Mittelstandsbeirats jeweils Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ressorts teilnehmen, damit mit den jeweiligen Ministerinnen und Ministern Gespräche geführt werden können, damit Kritik, die es gibt, geäußert werden kann.

Insofern würde zumindest ich dieser Landesregierung attestieren, dass sie bei den Kolleginnen und Kollegen dafür wirbt, mit der Clearingstelle zusammenzuarbeiten, und dass wir im Mittelstandsbeirat sehr regelmäßig mit den Kolleginnen aus den unterschiedlichsten Ressorts über die mittelstandsrelevanten Dinge diskutieren. Das geht dann ja auch in Verfahren ein, die die Dinge offensichtlich – Herr Ehlert hat es anhand eines Beispiels selbst berichtet – verbessern.

**Dietmar Brockes (FDP):** Frau Ministerin, auch die weiteren Ausführungen haben in keinster Weise überzeugen können.

Herr Ehlert, ich habe noch eine Frage an Sie. Die Ministerin hat eben zu den Vergabeverfahren, zu funktionalen Ausschreibungen ausgeführt und von einem differenzier-ten Blick dabei gesprochen. Teilen Sie die Auffassung der Ministerin?

**Andreas Ehlert (Mittelstandsbeirat NRW):** Entschuldigung, noch einmal.

**Dietmar Brockes (FDP):** Zu den kommunalen Vergabeverfahren hat Frau Ministerin ausgeführt, dass man nicht pauschal kleinere, mehrere Lose ausschreiben könne.

(Ministerin Mona Neubaur [MWIKE]: Kann man schon!)

Umgekehrt: Bei einigen Sachen brauche es funktionale Ausschreibungen.

Man müsse darauf einen differenzierteren Blick haben. Mittelständische Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen wären nicht in der Lage, eine Fahrradbrücke oder Ähnliches zu bauen – das war, glaube ich, das Beispiel.

**Andreas Ehlert (Mittelstandsbeirat NRW):** Die Kernaussage war, dass es durchaus Projekte gibt, bei denen es Sinn macht, funktional zu vergeben. Das muss man schon feststellen. Bei einem sehr großen Teil ist das aber nicht der Fall. Der handwerkliche Mittelstand leidet am meisten darunter, dass es in Nordrhein-Westfalen jetzt 396 möglicherweise unterschiedliche Vergabeverfahren gibt. Das ist der eigentliche Horror. Man entlastet möglicherweise die Kommunen von Bürokratie, schmeißt die Bürokratie aber im Grunde den Unternehmen vor die Füße.

Für uns ist es ein großes Problem, dass manche Objekte funktional oder auch schon mal per Generalunternehmer-Vergabe vergeben werden. Das ist in Ordnung, wenn es sich um entsprechende komplexe Bauwerke handelt. Natürlich haben wir ein Interesse daran, dass der größte Teil in Fach- und Teillosten vergeben wird. Im Übrigen ist es natürlich sehr streitig, was schneller und was preiswerter ist. Ich würde andere Gutachten als die, die an anderer Stelle zitiert werden, zitieren. Das ist aber auch ein Diskussionsprozess.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunkts angelangt.

Ich bedanke mich auch noch einmal ganz herzlich. Einzelne Fraktionen haben Dank geäußert; die Landesregierung hat Dank geäußert. Ich danke noch einmal im Namen des ganzen Ausschusses für ihre Arbeit im Mittelstandsbeirat, in der Clearingstelle Mittelstand und für den regelmäßige Bericht hier sowie die guten Diskussionen, die wir an dieser Stelle miteinander führen.

Ich verabschiede Sie – aber nicht ohne Ihnen, Herr Ehlert, ganz herzlich zur Wiederwahl als Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf, die vor Kurzem stattgefunden hat, zu gratulieren. Herzlichen Glückwunsch! Wir begegnen Ihnen auch in Zukunft sicherlich in den verschiedensten Funktionen.

(Beifall)